6. Erinnerung und Gedenken

D. Anhang: Zusammensetzung der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

A. Auftrag an die Enquete-Kommission, Arbeitsweise und Beratungsverlauf

I. Zum Auftrag an die Enquete-Kommission

Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen, Schäden und Nachwirkungen der SED-Diktatur wird noch für viele Jahre eine herausragende Aufgabe bleiben. Die Geschichte der DDR mit all ihren Belastungen ist Teil der Geschichte des vereinten Deutschlands. Deshalb ist die Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Lebens in der DDR ein gesamtgesellschaftliches, nationales Anliegen. Die Vereinigung Deutschlands vor nunmehr fast sieben Jahren hat die Situation vor allem in den neuen Bundesländern erheblich verändert. In ganz Deutschland bestehen nun funktionsfähige parlamentarisch-demokratische Institutionen und funktionsfähige Verwaltungen. Eine rechtsstaatliche Justiz ist eingerichtet. Die Freiheits- und Bürgerrechte des Grundgesetzes sind für alle Deutschen garantiert. Gleichwohl ist der Umstrukturierungsprozeß nicht abgeschlossen, und viel bleibt zu tun. Sichtbarstes Zeichen dafür ist die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere in den neuen Bundesländern. Neben der Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse bleibt die innere, mentale Einigung der Deutschen eine wichtige Aufgabe, deren Lösung als ein längerfristiger Prozeß anzusehen ist. Die unterschiedlichen Lebensgeschichten und Erfahrungen der Menschen in den neuen und alten Bundesländern müssen bei der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft Beachtung finden. Ein Zusammenleben setzt das gegenseitige Verständnis und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung miteinander und untereinander voraus. Eine intensive Beschäftigung der Bürger in ganz Deutschland mit ihrer eigenen Geschichte, mit Ursachen, Problemen und Folgen der deutschen Teilung und mit der SED-Diktatur fördert ein erfolgreiches Zusammenwachsen zu einer gemeinsamen demokratisch-politischen Kultur. Dabei steht die Erinnerung an den Widerstand gegen die SED-Diktatur und an ihre Opfer im Vordergrund.

Der Deutsche Bundestag nahm am 22. Juni 1995 den Antrag auf Einsetzung der Enquete-Kommission (BT-Drs. 13/1535) an und gab der Kommission den Auftrag zu prüfen, welche institutionellen Formen notwendig sind, um diesen Prozeß zu fördern und immer wieder anzustoßen.

Diesem Auftrag entsprechend legt die Kommission schon vor Abschluß ihrer Arbeit einen Teilbericht zu dem Thema „Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vor.

II. Zusammensetzung der Enquete-Kommission und Beratungsverlauf

1. Zusammensetzung der Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission setzt sich aus elf Mitgliedern der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen, für die jeweils stellvertretende Mitglieder benannt sind, und elf Sachverständigen zusammen. Die Gruppe der PDS wirkt entsprechend den Beschlüssen des Deutschen Bundestages und den Vereinbarungen des Ältestenrates mit einem Mitglied, für das ebenfalls ein stellvertretendes Mitglied benannt ist, beratend mit. Sie hat von der vereinbarten Möglichkeit Gebrauch gemacht, einen Sachverständigen ohne Stimmrecht zu benennen. Ein Sekretariat unterstützt die Arbeit der Kommission in organisatorischer und wissenschaftlicher Hinsicht (siehe Teil D / Anhang).

2. Beratungsverlauf

Die Kommission führte in der Zeit von ihrer Konstituierung am 30.06.1995 bis zur Verabschiedung dieses Teilberichts in der 37. Sitzung am 25. September 1997 zu dem Aufgabenfeld „Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung der SED-Diktatur“ eine Reihe von vorbereitenden Schritten durch:

Zur Unterstützung der Arbeit richtete die Kommission eine Berichterstattergruppe zu dem Thema „Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung“ ein. In das Aufgabengebiet dieser Berichterstattergruppe fallen neben der thematischen Vorstrukturierung und Vorbereitung öffentlicher und interner Anhörungen und Sitzungen auch die Erarbeitung von Vorschlägen für die Vergabe von Expertisen und Berichten sowie die Vorbereitung für deren Auswertung durch die Kommission.

a. Öffentliche Anhörungen und öffentliche Sitzungen

Die Enquete-Kommission führte folgende öffentliche Anhörungen von externen Sachverständigen und öffentliche Sitzungen zum Gegenstand des Teilberichts durch:

- eine öffentliche Sitzung, in der mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages sowie mit Vorsitzenden von Petitionsausschüssen der Landtage der neuen Bundesländer über Bitten und Beschwerden der Bürger im Zusammenhang mit dem Kommissionsthema diskutiert wurde (11. Sitzung am 18. April 1996 in Bonn),
- eine öffentliche Anhörung zu dem Thema „Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses und die Situation der Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung“ (17. Sitzung am 17. Juni 1996 in Berlin).

Die Sitzungsniederschriften der 11. und der 17. Kommissionssitzung sind der Öffentlichkeit zugänglich.

b. Interne Sitzungen und Fachgespräche

Darüber hinaus wurden folgende interne Sitzungen und Fachgespräche zum Gegenstand dieses Teilberichts durchgeführt:

- ein Gespräch mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Vorsitzenden der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (UKPV) über die Möglichkeiten der Finanzierung einer selbständigen Stiftung des öffentlichen Rechts (am 20. Februar 1997 in Bonn),
- ein Gespräch mit Vertretern von Stiftungen über Fragen der Förderung von historischer Deutschlandforschung/DDR-Forschung (am 24. April 1997 in Bonn),
- ein Gespräch mit Vertretern unabhängiger Archive und Aufarbeitungsinitiativen in den neuen Bundesländern über den Verbleib von Dokumenten und Materialien der Bürgerbewegung (am 5. Mai 1997 in Berlin),
- ein Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin über die Errichtung einer Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SBZ/DDR-Geschichte mit Sitz in Berlin (am 2. Juni 1997 in Berlin).

c. Expertisen und Bericht

Neben der Durchführung von öffentlichen und internen Anhörungen, Sitzungen und Fachgesprächen wurden die mit diesem Teilbericht verbundenen Fragestellungen durch Expertisen und einen Bericht bearbeitet. Der Enquete-Kommission liegen vor:

- eine Expertise zu dem Thema „Bestandsaufnahme über die rechtliche und soziale Situation von Aufarbeitungsinitiativen im Jahre 1996“,
  Michael Stognienko, Berlin,
- eine Expertise zu dem Thema „Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der politischen Bildung und Problemaufriß“,
  Wolfgang Kusior, Berlin,
- ein Bericht mit dem Titel „Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der politischen Bildung“,
  Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

3. Beratungsergebnis

Die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ hat in ihrer 37. Sitzung am 25. September 1997 in Bonn diesen Zwischenbericht einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.